



## **Neosalafismus und Rechtsextremismus: Strukturierte Clearingverfahren und Case Management in Sozialraum und Schule**

Ausschreibung für Schulen der Sekundarstufe I und II (insbesondere berufsbildende Schulen)

Projektzeitraum: April 2016 bis März 2019

Bewerbungsschluss: 31. März 2016

Das schnelle und bislang ungebremste Wachstum der gewaltbereiten neosalafistischen Bewegung aber auch die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Muslime – stellen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Bei den Gegenmaßnahmen kommt neben polizeilichen Handlungsformaten der Radikalisierungsprävention eine wachsende Bedeutung zu. Die Radikalisierungsprävention, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, ist in Deutschland aber auch den anderen westeuropäischen Staaten eine sehr junge Disziplin, die nicht selten in eher experimentellen Anordnungen durchgeführt wird.

In den vergangenen zwei Jahren sind in Bund und Ländern eine Reihe von Modellprojekten implementiert worden, die zumeist in der universellen Präventionsarbeit angesiedelt sind und die unter anderem auf eine Stärkung der Ambiguitätstoleranz zielen. Auffällig ist ferner die hohe Zahl indirekter Formate, die auf die Sensibilisierung und Weiterbildung von potentiellen Präventionsakteuren zielen.

Im Bereich der gezielten Prävention, die im Kern auf die Unterbrechung von Radikalisierung zielt, sind bislang kaum Projekte zu finden. Insbesondere fehlt es derzeit an Projekten, die im schulischen Kontext angesiedelt sind.

Die Schule ist der einzige soziale Ort, in dem alle junge Menschen über einen relativ langen Zeitraum beständig anzutreffen sind. Hier besteht daher die Möglichkeit einen Radikalisierungsprozess frühzeitig zu erkennen und gezielt pädagogisch zu intervenieren. Doch woran erkennt man Radikalisierung und wie kann diese nachhaltig unterbrochen werden? Nicht selten sind Lehrkräfte und weitere professionelle Akteure im schulischen und außerschulischen Kontext mit dieser Aufgabe überfordert.

Die *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) und der Jugendhilfeträger *Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. (AGB)* wollen in Kooperation mit ausgewählten Schulen der Sekundarstufe I und II vom April 2016 bis März 2018 im Bereich der gezielten Radikalisierungsprävention Hilfestellungen und Interventionsformate entwickeln und erproben. Die Ergebnisse sollen in einer umfangreichen, praxisorientierten Handreichung dokumentiert werden



Im Fokus des Modellprojekts stehen Verfahren und Methoden, die geeignet erscheinen, eine beginnende Radikalisierung zu unterbrechen. Von zentraler Bedeutung sind hier mehrstufige strukturierte Clearingverfahren, die auch über einen längeren Zeitraum Hilfestellungen für Schülerinnen und Schüler und deren Angehörige bereitstellen können. Im Rahmen eines solchen Verfahrens kann ein ganzes Bündel von Methoden und pädagogischen Maßnahmen zur Anwendung kommen. Neben einer präzisen Fallanalyse, die auf der Grundlage verlässlicher Indikatoren durchgeführt werden sollte, zählen zum Maßnahmenfächer unter anderem Fallkonferenzen, Interventionsgespräche und externe Fachberatung.

Wir suchen Schulen, die mit dem Problemfeld Radikalisierung befasst sind und einen Handlungsbedarf beschreiben können. Wir erwarten von unseren schulischen Partnern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die in einer Kooperationsvereinbarung festgehalten wird. Diese regelt unter anderem die Formen der Zusammenarbeit und sichert die Mitarbeit aller relevanten schulischen Akteure zu.

Wir bieten jeder beteiligten Schule während der Projektlaufzeit (April 2016 – März 2019) eine bei der AGB beschäftigte sozialpädagogische Fachkraft im Umfang von 20 Wochenstunden, die mit der Entwicklung und Steuerung des Clearingverfahrens und der Begleitmaßnahmen betraut werden soll. Die Fachkraft erfüllt folgende Aufgaben:

- Entwicklung eines gemeinsam getragenen Präventionsbegriffs
- Formulierung von konkreten Präventionszielen
- Ausarbeitung eines schulbezogenen Präventionskonzepts
- Aufbau und ständige Moderation einer Clearingstruktur
- Entwicklung eines Case-Managements
- Aufbau eines sozialraumbezogenen Netzwerkes, das alle relevanten Partner umfasst
- Durchführung von Bildungsformaten im schulischen Kontext
- Mitarbeit an einer Handreichung

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben wird die pädagogische Fachkraft von der Projektleitung und einer wissenschaftlichen Begleitforschung unterstützt.

**Wenn Ihre Schule an dem Modellprojekt teilnehmen möchte, bewerben Sie sich bitte bis zum 31.03.2016 (Posteingang) mit einem formlosen Schreiben im Umfang von ca. zwei Seiten.** Das Schreiben sollte ein Bild Ihrer Schule vermitteln und den Handlungsbedarf erkennen lassen. Anschrift: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Hanne Wurzel, Leiterin des Fachbereichs Extremismus, Adenauerallee 86, 53113 Bonn.

Für Informationen und Rückfragen steht Ihnen Dr. Michael Kiefer unter den nachstehenden Kontaktdaten zur Verfügung.



Kontakt:

Dr. Michael Kiefer  
Himmelgeister Str. 107  
40227 Düsseldorf  
Tel. 0211-9052226  
[Michael.Kiefer@die-agb.de](mailto:Michael.Kiefer@die-agb.de)

Kontakt bpb:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Hanne Wurzel  
Leiterin des Fachbereichs Extremismus  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn  
Tel. 0228-99515-530  
[hanne.wurzel@bpb.bund.de](mailto:hanne.wurzel@bpb.bund.de)

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Stabsstelle Kommunikation  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn  
Tel. 0228-99515-200  
[presse@bpb.bund.de](mailto:presse@bpb.bund.de)